

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XVIII/196

11. Oktober 1973

## Wirksame "Gelbe-Punkt-Aktion"

---

Die heimliche Koalition von Geld, Wirtschaftsmacht und CDU/CSU fühlt sich getroffen

Von Rudi Arndt  
Oberbürgermeister von Frankfurt und Mitglied  
des Parteivorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

## Eine gute Entscheidung

---

Das Jugendhilferecht gehört in das Sozialgesetzbuch

Von Heinz Westphal MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

## Steuerreformprogramm der CDU: Fehlanzeige

---

Unionspläne sollen mehr Steuergerechtigkeit verhindern

Von Rainer Offergeld MdB  
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses  
des Bundestages

Seite 5 / 42 Zeilen

## Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
T 22 80 37 - 41 (bn)

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnur Straße 108-112. Telefon: 37 66 11

### Wirksame "Gelbe-Punkt-Aktion"

-----

Die heimliche Koalition von Geld, Wirtschaftsmacht  
und CDU/CSU fühlt sich getroffen

Von Rudi Arndt  
Oberbürgermeister von Frankfurt und  
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Die "Gelbe-Punkt-Aktion" der SPD hat das Ziel, die Verbraucher aufzuklären und die Preisdiskussion zu versachlichen. Doch bereits zu Beginn der Aktion ist festzustellen, daß offensichtlich nicht alle wirtschaftlich und politisch relevanten Kräfte mit dieser Aktion einverstanden sind. Die massiven Gegenäußerungen gegen diese Aktion lassen jedoch aufmerken. Sie kommen aus Kreisen, die jeder noch sehr gut aus dem letzten Bundestagswahlkampf in Erinnerung haben sollte: die heimliche Koalition von Geld und Wirtschaftsmacht und CDU/CSU.

In den Informationen zur "Gelbe-Punkt-Aktion" steht nicht mehr und nicht weniger als in einer normalen Einführung zur Volkswirtschaftslehre. Es wird zum erstenmal der Versuch gemacht, in einer auch für breite Schichten der Bevölkerung verständlichen Sprache etwas mehr Durchblick zu verschaffen, also das Wissen allen Bürgern zu vermitteln, was bisher nur wenige Mächtige für sich behalten und benutzt haben. So gesehen ist die Aktion ein Versuch zu demokratisieren. Sie will den Bürgern verdeutlichen, wo die Preise tatsächlich gemacht werden. Dabei räumt sie mit der von der CDU/CSU wider besseres Wissen eifrig verbreiteten Vorstellung auf, daß die Regierung die Preise macht. Sie erklärt, daß in einer Marktwirtschaft der Preis am Markt gebildet wird und daß dabei natürlich auch die Auseinandersetzungen der einzelnen Gruppen um einen möglichst hohen Anteil am Volkseinkommen eine Rolle spielen.

Warum also das Geschrei? Es liegt auf der Hand, daß der am lautesten schreit, dessen Nerv dabei getroffen wurde. Man will in Wirklichkeit verschleiern, um die eigenen Machtpositionen nicht deutlich werden zu lassen. Das ganze mühsam von bestimmten

Unternehmern und der CDU/CSU aufgebaute Gespenst, die sozialliberale Regierung sei an den Preissteigerungen schuld, könnte sich nämlich sehr schnell als eine bewußte Täuschung herausstellen. Der groß angelegte Versuch der Koalition von Geld und Macht und CDU/CSU, mit allen Mitteln wieder an die Schalthebel in Bonn zu kommen, ist 1972 durch das eindeutige Votum des Wählers gescheitert. Nun versucht man es auf einem anderen Weg. Man schreit über gestiegene Kosten, empfiehlt den Gewerkschaften maßzuhalten, während man selbst mit Preiserhöhungen schnell bei der Hand ist und schiebt die Verantwortung einfach der Regierung zu.

Wenn die SPD die Verbraucher zur Selbsthilfe auffordert und dabei Unterstützung gibt, tut sie das in ihrem traditionellen Selbstverständnis und im Wählerauftrag. Wenn die SPD die Verbraucher auffordert, kritisch und nur nach Preisvergleichen zu kaufen, dann entspricht sie damit einer Forderung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Niemand in der SPD will den "Kaufmann um die Ecke" in Mißkredit bringen, wie dies nun plötzlich von Leuten behauptet wird, die nichts mit diesem Kaufmann um die Ecke zu tun haben. Wenn die SPD von Profit redet, dann meint sie nicht den Kaufmann an der Ecke, sondern die Unternehmer, die durch ihre Marktbeherrschung die kleinen selbständigen Kaufleute ständig verdrängen.

Warum ist man nicht bereit, zuzugeben, daß ein zentraler Punkt der marktwirtschaftlichen Ordnung der vom Unternehmer zu erzielende Profit ist? Dies alles geschieht doch nur, weil man die ungerechte Verteilung des Volkseinkommens und des Volksvermögens zu den eigenen Gunsten beibehalten will. Mit den Angriffen gegen die "Gelbe-Punkt-Aktion" will man verhindern, daß der Wähler die wirklichen Zusammenhänge erkennt und begreift, daß Sozialdemokraten und Bundesregierung die Interessen des weit überwiegenden Teils der Bevölkerung vertreten. (-/11.10.1973/bgy/ex)

+ + +

Eine gute Entscheidung  
-----

Das Jugendhilferecht gehört in das Sozialgesetzbuch

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Gehört das Jugendhilferecht in das Sozialgesetzbuch oder nicht? Diese Frage beschäftigt seit Monaten Fachleute in den Bundestagsfraktionen und in den Verbänden. Die Bundesregierung hat sich für die Einbeziehung des geltenden Jugendwohlfahrtsgesetzes in das Sozialgesetzbuch (SGB) entschieden. Sie hat sich gerade bei der 1. Lesung des "Allgemeinen Teils" des SGB darum bemüht, die Kritiker dieser Entscheidung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen. Es hat den Anschein, als ob diese Kritiker immer noch von einer Sachlage ausgehen, die längst überholt ist. Wichtige Einleitungsparagraphen des Allgemeinen Teils zum Sozialgesetzbuch wurden inzwischen gegenüber der Vorlage geändert, die schon in der letzten Legislaturperiode in Vorbereitung gewesen war. Die jetzt zur Beratung anstehende Vorlage weist prinzipielle Verbesserungen auf.

Paragraph 1 des Entwurfs zum Sozialgesetzbuch, der die Aufgaben des Sozialgesetzbuches beschreibt, bringt in seiner neuen Fassung zum Ausdruck, daß zu Sozialleistungen auch diejenigen sozialen und erzieherischen Hilfen gehören, die insbesondere die freie Entfaltung der Persönlichkeit junger Menschen fördern und den Hilfeempfänger zur Selbsthilfe befähigen sollen. Weiter wird als Aufgabe des Sozialgesetzbuches bezeichnet, dazu beizutragen, daß die erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen, die zur Erfüllung dieser Aufgaben nötig sind, rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Das bedeutet die volle Übernahme der besonderen Strukturen des Jugendhilferechts und auch der modernen Sozialhilfe in die prinzipiellen Aussagen des Sozialhilfegesetzbuches.

In Paragraph 8, der Jugendhilfe als soziales Recht definiert, heißt es jetzt wie folgt: "Jeder junge Mensch hat zur Entfaltung

seiner Persönlichkeit ein Recht auf Erziehung. Dieses Recht wird von der Jugendhilfe durch Angebote zur allgemeinen Förderung der Jugend- und der Familienerziehung und, soweit es nicht von den Eltern verwirklicht wird, durch erzieherische Hilfen gewährleistet." Hier wird deutlich, wie sehr das Sozialgesetzbuch die bildungsorientierten Leitgedanken der Jugendhilfe in sich aufnimmt.

Diese beiden Paragraphen sind ein Beispiel dafür, daß sich die Absichten der Bundesregierung keineswegs - weder im einen noch im anderen Bereich - an überholten fürsorgerischen Vorstellungen orientiert hätten. Im Gegenteil, der sozialpädagogische Aspekt wird immer mehr betont. Es kann keinen Zweifel daran geben: In der Jugendhilfe geht der Trend eindeutig in Richtung auf Verstärkung des Erziehungs- und Bildungscharakters dieses Rechtsgebietes. Dies bringt der Diskussionsentwurf zum Jugendhilfegesetz klar zum Ausdruck. Und trotzdem kann auch niemand daran zweifeln, daß ein Jugendhilfegesetz gleichzeitig ein Sozialleistungsgesetz ist, das bei seiner Weiterentwicklung auch die Nähe zu den anderen Sozialleistungsbereichen braucht.

Der Bildungsgesamtplan hat inzwischen wichtige Teile der Jugendhilfe - Elementarerziehung und außerschulische Jugendbildung - in sich aufgenommen. Die Bundesregierung hat angekündigt, daß bei künftigen Fortschreibungen dieses Bereiches auch die Heimerziehung und ihr breites sozialpädagogisches Vorfeld einbezogen werden sollen. Die gleichzeitige Verankerung im Sozialgesetzbuch wird diesen bewußt eingeleiteten Trend nicht hindern.

Die Bedeutung des Bereichs Jugendhilfe wird nach meiner Ansicht nicht stärker, wenn er sich in der Mitte zwischen Bildungswesen und Sozialwesen isoliert. Jugendhilfe muß ein eigenständiger Bereich sein, aber er muß gleichzeitig fest verankert sein sowohl im Gesamtbereich der Daseinsvorsorge als auch im Bildungswesen.

(-/11.10.1973/ks/ex)

+ + +

**Steuerreformprogramm der CDU: Fehlanzeige**  
-----

**Unionspläne sollen mehr Steuergerechtigkeit verhindern**

**Von Rainer Offergeld MdB**

**Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages**

Der Bundesvorstand der CDU hat nunmehr seine gesellschaftspolitischen Vorlagen für den Parteitag in Hamburg beschlossen. Dieses Programm bietet, wenn man von dem Etiketten-Schwindel des CDU-Mitbestimmungsmodells absieht, wenig Neues. Bei der Vermögenspolitik liefert der CDU-Vorstand einen neuen Aufguß des alten Burgbacher-Plans. In der Bodenpolitik werden einige Vorstellungen der Regierungskoalition übernommen.

Aufschlußreicher als der Inhalt der Vorlagen ist das, was darin nicht enthalten ist. So ist bemerkenswert, daß die Steuerreform - von CDU-Kanzlern regelmäßig angekündigt und nie begonnen - offenbar nicht zum gesellschaftspolitischen Programm der CDU gehört. Für die Steuerpolitik soll nach dem Willen der CDU wohl auch in Zukunft Artikel 1 der alten Mecklenburgischen Verfassung gelten: "Es bleibt alles beim alten". Wer sich den desolaten Zustand der CDU/CSU vergegenwärtigt, wird sich über das Fehlen einer steuerpolitischen Konzeption nicht wundern. Das Ergebnis jahrelangen Tauziehens war vorauszusehen: Parteikommission + Fraktionskommission (Höcherl-Kommission) + Sozialausschüsse + Bodenrechtskommission = Null. Die Arbeitsergebnisse der einzelnen Parteiflügel, soweit von Ergebnissen überhaupt gesprochen werden kann, heben sich gegenseitig auf.

Statt eines Steuerreformkonzepts entwickelte die CDU/CSU ein Steuerreform-Verhinderungskonzept. Mit ihrem kürzlich im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf möchte sie die zur Steuerreform erforderliche Manövriermasse um etwa zehn Milliarden DM mindern. Mit der Gießkanne will sie die Steuerlast für den Millionär ebenso wie für den Durchschnittsverdiener erleichtern. Würde die Regierungskoalition dem Gesetzentwurf der CDU/CSU zustimmen, so wäre eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zugunsten der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und zugunsten der Familien (Kinderlastenausgleich) unmöglich. Daß dieser Gesetzentwurf im gegenwärtigen Zeitpunkt auch als Inflationsförderungsgesetz angesehen werden muß, wurde in der Debatte des Bundestages deutlich.

Die steuerpolitische "Strategie" der CDU/CSU für die nächsten Monate und Jahre steht somit fest: Da die Opposition kein geschlossenes Steuerreformprogramm entwickeln kann, wird sie in Anwendung ihrer Rosinentheorie versuchen, für die verschiedensten Gruppen Steuererleichterungen herbeizuführen, ohne darüber Rechenschaft abzulegen, wie diese Steuererleichterungen durch entsprechende Mehrbelastungen ausgeglichen werden sollen. Verantwortungsbewußte Reformpolitiker der CDU sollten versuchen, diesen "Eckwert" christlich-demokratischer Steuerpolitik auf dem Parteitag in Hamburg zu revidieren.

(-/11.10.1973/ks/ex)